Die Kavallerie muss militärischen Notwendigkeiten weichen

Der Ständerat stellt Sachzwang vor Emotionen

(Wi.-Tel.) Der Ständerat hat sich am Mittwoch mit einer für viele überraschenden Deutlichkeit für die Abschaffung der Kavallerie ausgesprochen. Er lehnte die Beibehaltung selbst einer auf neun Schwadronen amputierten Dragonertruppe ab, wie dies von der Kommissionmehrheit empfohlen worden war.

Für diese referierte namens der erweiterten Militärkommission der Neuenburger Radikale Grosjean.

Zwölf, neun oder null Schwadronen?

Es standen sich in der Kommission drei Auffassungen gegenüber. Die Kommissionmehrheit beantragte Aufrechterhaltung, aber Reduktion der Kavallerie auf neun Schwadronen, während eine erste Minderheit dem Nationalrat zustimmen und die Dragonertruppe nur um sechs auf zwölf Schwadronen reduzieren wollte. Eine zweite Minderheit beantragte Zustimmung zum Antrag des Bundesrates auf vollständige Abschaffung der Kavallerie in einem einzigen Zug. Die Zustimmung zum Nationalrat hätte die Aufhebung von zwei Radfahrerbatallionen zur Folge, weil bei einer Auflösung von nur sechs der bisherigen 18 Dragonerschwadronen nicht genügend Mannschaften frei würden zur Auffüllung der Unterbestände der Panzertruppen. Auch die Beibehaltung von neun Dragonerschwadronen würde die Umfunktionierung von zwei Radfahrer-Bat. nötig machen, was im Abwehrkonzept eine schwerlich zu verantwortende Lücke verursachen würde.

In der Eintretensdebatte vertrat Hürlimann (ZG, CVP) den Antrag auf gänzliche Abschaffung der Kavallerie. Die Kampfführung gem. Konzeption vom 6.6.66 erfordere genügend mechanisierte Kampfverbände. Dieses Ziel zu erreichen, fehlen heute die Bestände. Sie können ohne Gefährdung anderer wichtiger Aufgaben und ohne Friktionen nur bei der Kavallerie gefunden werden.

Die Kavallerie ist eine ausgezeichnete Truppe mit hervorragender Kampfmoral, jedoch im modernen Kampf schwer gefährdet.

Sie würde schmerzhaft dezimiert. Es wäre falsch, zur Auffüllung von Bestandeslücken besser ausgerüstete Truppen wie die Radfahrer aufzulösen.

Das Pferd wird mit der Aufhebung der Kavallerie nicht aus der Armee und aus der Landwirtschaft verbannt.

Die Umrüstung ist auch die einzig gerechte Lösung, eine nur teilweise Umrüstung würde die Kavalleristen in zwei ungleiche Teile spalten, in Privilegierte, die Dragoner bleiben, und in andere, Benachteiligte, die ihrem «Eidgenoss» ade sagen müssen. Wenn wir schon dem EMD eine rabiate Beschränkung seiner Mittel zumuten, wie es die Finanzlage des Bundes nötig macht, dann dürfen wir nicht Mittel für eine teure Waffenrüstung wie die Kavallerie einsetzen, die für Wichtiges fehlen. Massgebend muss der Wille zur Aufrechterhaltung einer schlagkräftigen Armee sein.

Im Interesse dieses höheren Zieles muss von den Kavalleristen ein zumutbares Opfer gefordert werden.

Der Schaffhauser Vertreter Graf votierte demgegenüber für die Beibehaltung von zwölf Schwadronen gem. Nationalratsbeschluss. Die Schweiz sei so wieso in Gefahr, ein «kaltes Paradies» zu werden. Darum schwinde die Bereitschaft, sie zu verteidigen. Die Beibehaltung der Kavallerie verhindere die totale Mechanisierung der Landwirtschaft, diese Mechanisierung zwingt den Bauern eine Lebenshaltung auf, die sie der Scholle entfremde. Wenn die Kavallerie dort eingesetzt werde, «wo nur Pferdefüsse durchkommen», habe sie durchaus noch ihre Funktion.

Der Zürcher Heimann (ZH, LdU) sekundierte Hürlimann. Die Armee darf nicht Selbstzweck sein, sie muss einen Krieg womöglich verhindern oder im Ernstfall dem Gegner möglichst lang möglichst hart zusetzen. Der Gegner lässt uns nicht die Wahl, dort zu kämpfen, wo die Kavallerie kämpfen kann, einige versprengte Dragoner kann er seelenruhig links oder rechts liegen lassen. Die Kampfkraft der Kavallerie ist entschieden kleiner als jene der Radfahrer.

Wir brauchen Trainpferde, nicht Dragonerpferde. Selbst in der Berglandwirtschaft ersetzt, auch ohne Abschaffung der Kavallerie der Motor das Pferd immer mehr. Das Pferd ist auch auf dem Hof im Vergleich zu seinen Einsatzmöglichkeiten zu aufwendig.

Die andere Glocke zog Prader-

vand (VD, rad.), Anhänger der Zwölferlösung, die Kavallerie jetzt auflösen, sei ein schwerer psychologischer Fehler, denn sie sei ein sehr wichtiges Bindeglied zwischen Armee und Volk, das man in einer Zeit der Armeefeindlichkeit nicht ungestraft zerstöre.

Im Widerstreit zwischen Gefühl und Zweckmässigkeit...

Der Zürcher Honegger (rad.) hielt dieser Argumentation entgegen: Wie will man die bedrohliche Bestandekrise der Armee beheben, wenn Gefühle und Traditionen höher gestellt werden als goner ungenügend ist, aber auch dass sachliche Notwendigkeiten? Es ist erwiesen, dass die Kampfkraft der Dräsch die Kavallerie besonders gut zur Umschulung eignet.

Der Urner Muheim (CVP) warnte davor, Kavallerie und Radfahrer gegeneinander auszuspielen. Ueber kurz oder lang sei die Kavallerie so oder so auf dem Aussterbeat. Man darf nicht für weniger Sinnvolles Geld ausgeben, solange man erklären muss, für Wichtigeres keines zu haben. Es ist kein Platz für einen Kompromiss.

Oechsli (SZ, CVP) anerkannte: Es gibt gute Argumente für die Aufrechterhaltung der Kavallerie und gute Argumente dagegen. Die Dragoner- und andern hupomobilen Verbände sind tief im Volksbewusstsein verwurzelt, sie stellen Elitetruppen dar, die für die Bemanning der Schützenpanzer benötigten Mannschaften dürfen nicht nur von der Kavallerie herangezogen werden.

Die beiden Berner Vertreter Pequinot (rad.) und Krauchthaler (SVP) setzten sich mit Entschiedenheit für die Beibehaltung von 12 Schwadronen ein. Krauchthaler fragte sich, ob die Kavallerie wirklich so ausgerüstet sei, dass sie ihre volle Kampfkraft entfalten könne. Er unterstrich die Vorteile des Pferdes für das Militär.

Der Neuenburger Sozialist Aubert beschwor die Gefahr einer Berufsarmee, der wir uns nach seiner Meinung nähern, wenn wir Manifestationen des Milizgedankens, wie ihn die Kavallerie verkörpere missachten. Er, Aubert, stimmte der Nationalratslösung zu. Einem Gegensatz zur Mehrheit seiner Gruppe, deren Standpunkt — Zustimmung zum Bundesrat — vom Basler Sozialdemokraten Wenk begründet wurde. Für Wenk bietet das Pferd ein viel zu leicht zu treffendes Ziel für den angreifenden Schützen. Wenk widersprach der Behauptung Graf's, die heutigen Gymnasiasten seien negativ zur Armee eingestellt. Sie seien nur kritischer.

Genehmigung des Bundes-Budgets

Neue Auseinandersetzung um das Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland im Nationalrat

Der Nationalrat führte am Mittwoch die Beratung des Bundesbudgets für 1973 zu Ende und erteilte dem bereinigten Voranschlag mit 117:4 Stimmen das Placet, nachdem zwei Änderungsanträge zu Einzelposten abgelehnt worden waren. Der eine betrifft die Filmförderung. Eibel (ZH, rad.) beantragte Kürzung um jene halbe Million, um welche diese Position gegenüber 1972 erhöht wird. Eibels Begründung: Es tummeln sich Marxisten im Filmschaffen. Frau Thalmann (SG, CVP) warf die Frage auf, ob nicht die Erhöhung belassen, aber für Lehrfilme reserviert werden sollte. Der Rat lehnte den Antrag Eibel mit 79:73 Stimmen ab. Das selbe Schicksal widerfuhr einem Antrag des Genfer Linkssozialisten Ziegler, der Streichung des Beitrags an die angeblich zu rechts stehenden Institutionen «Aufklärungsdienst» und «Rencontres Suisses» beantragte. Ziegler wurde mit 128:12 Stimmen heimgeschickt.

Im übrigen gab das Budget des Departements des Innern noch Anlass zu Bemerkungen bezüglich des Strassen- und des Hochbaues sowie des Gewässerschutzes.

Als Kommissionsreferent wies Binder (CVP, AG) darauf hin, dass die Kreditkürzung um 25 bzw. 15 Mio Fr. bei den Subventionen für die Hauptstrassen den Kantonen zwar Schwierigkeiten bereiten könne, aber auch zur Dämpfung der Baukonjunktur beitrage, während die Kürzung des Bundesbeitrages für die Nationalstrassen um 30 Mio Fr. die Durchführung des langfristigen Bauprogramms der Kommission Hürlimann in etwa tangiere.

Knuessel (LU, rad.) fand, auch die Kavallerie habe in einer technisierten Armee ihren Platz, man denke an knifflige Situationen der Mobilisierung, an das Zusammenspiel der Territorial- und zivilen Dienste, an die Nachschubprobleme.

Die lebhaft eintretende Debatte wurde abgeschlossen mit einer Würdigung der geltend gemachten Argumente durch Kommissionspräsident Grosjean. Er vertrat die Zwölferlösung.

Bundesrat Gnägi legte die Ueberlegungen dar, die die Landesregierung zum Antrag auf Umschulung und Umteilung der Kavallerie veranlasst haben. Die typisch schweizerische Kampfform der Abwehr mittels Gegenschlägen erfordert eine Verstärkung der mechanisierten Verbände. Die Panzerjäger müssen dringend abgelöst werden,

die 170 Schweizer Panzer sind im Anrollen und sollen 1974 eingegliedert werden, und zu diesem Zweck müssen die kampfschwächsten Verbände, die sich für die Umschulung besonders gut eignen, herangezogen werden. Dieser Forderung sind alle anderen Aspekte unterzuordnen.

Entscheidend ist die Frage, ob es richtig ist, eine Truppe aufrecht zu erhalten, deren Einsatz sehr eingeschränkt ist. Die Beibehaltung eines grösseren Teils der Kavallerie würde grosse Ausgaben verursachen, da die Aarauer Kavalleriekaserne verlegt werden und eine neue Kaserne errichtet werden muss, zudem müsste eine neue Akklimationsanstalt errichtet und die Berner Militärpferdeanstalt in den Sand verlegt werden. Dies alles würde 60 Millionen kosten! Dazu kämen jährlich zirka 12 Millionen Betriebskosten für die Militärpferdeanstalt. Die Kavallerie ist die teuerste Truppe. Die kritische Jugend lehnt sich mit Recht dagegen auf, dass schlagkräftige Abwehrinstrumente (Flugzeugbeschaffung!) aus Kostengründen abgelehnt, gleichzeitig aber grosse Mittel für die Erhaltung einer kampfschwachen Truppe ausgegeben werden sollen. In eventueller Abstimmung wurden zuerst die beiden Minderheitsanträge — Beibehaltung von 12 Schwadronen oder Aufhebung der Kavallerie — einander gegenübergestellt.

Die Abstimmung ergab 26 Stimmen für Aufhebung und 16 für die Beibehaltung von 12 Schwadronen. In der Hauptabstimmung wurde die Beibehaltung von 9 Schwadronen abgelehnt und mit 26:15 Stimmen die Aufhebung der Kavallerie beschlossen.

Wie weiter mit der Flugzeugbeschaffung?

Als Präsident der Militärkommission empfahl Grosjean (NE, rad.) Annahme zweier Motionen des National-

rates zur Flugzeugbeschaffung. Die eine beauftragt die Regierung, dem Parlament «ohne Verzug Antrag zu stellen» zur Schliessung der Lücken in der Luftverteidigung. Die andere bittet den Bundesrat, dem Parlament ein «Programm für die Erneuerung der Flugwaffe» vorzulegen. Grosjean unterstrich, rasches Handeln dränge sich auf, nachdem weite Kreise nach dem Corsair-Entscheid des Bundesrates beunruhigt seien.

Der St.Galler Sozialdemokrat Eggenberger wies die These zurück, der Flugzeugentscheid habe im Volk Beunruhigung geschaffen. Er habe im Gegenteil in weiten Kreisen beruhigend gewirkt. Die Motionen wurden oppositionslos überwiesen.

Sorge ob des Budgetdefizits der SBB

kennzeichnete das Kommissionsreferat von Bodenmann (VS, CVP) zum Voranschlag der Bundesbahnen. Depressiert stellte Bodenmann fest, sein Versuch, das SBB-Budget unter konjunkturellen Gesichtspunkten zu begutachten, sei ein Stoss ins Leere gewesen. Offenbar sollen die Regiebetriebe von der Teuerungskämpfung ausgenommen bleiben. Bodenmann stellte dann die Bahnpolitik in den weiteren Rahmen der Gesamtverkehrskonzeption und der Raumplanung.

Der prophezeite Umschwung der Mentalität zugunsten des öffentlichen Verkehrs lasse, nach den SBB-Finzen zu schliessen, noch auf sich warten.

Die besorgte Bemerkung Bodenmanns über die Resignation gegenüber der Inflation nahm Herzog (TG, SVP) auf. Die Bahnen müssen automatisieren und rationalisieren, um attraktiv zu bleiben und den Umschwung zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu fördern. Höchstens bei den Bauaufwendungen wären bescheidene Einsparungen denkbar. Auch Urech (AG, rad.) setzte sich mit dem Problem der Einsparungen auseinander. Nur eine ganz massive Förderung des öffentlichen Verkehrs mache es möglich, ein Verkehrschaos zu verhindern.

Bundesrat Bonvin hieb in die selbe Kerbe und hob die Anstrengungen hervor, die in den letzten Jahren zugunsten der Förderung des Personenverkehrs unternommen worden sind. Der Rat stimmte dem SBB-Budget mit 26:0 Stimmen zu, worauf der Thurgauer Radikale Munz den Nachtrag II zum PTT-Voranschlag 1972 in der Grössenordnung von 330 Mio Fr. zur Genehmigung empfahl. Es handelt sich um Kredite, die grossenteils eine Folge der Inflation und der Personalkosten-erhöhung sind. — Diskussionslos «schluckte» der Rat die Vorlage mit 27:0 Stimmen.

Standfester Ständerat

Wi. Selbst für diejenigen, welche die «Stimmung» unter den Ständesvertretern zuvor erkundigt hatten, kam der Entscheid des Ständerates über das Schicksal der Kavallerie in einer Hinsicht überraschend. Denn auch wer bereit war, darauf eine Wette einzugehen, dass er weder die Reduktion auf 12 noch jene auf neun Schwadronen schlucken, sondern die Reduktion auf «null» beschliessen werde, war von der Eindeutigkeit des Abstimmungsergebnisses beeindruckt: dass der Rat mit 26:15 Stimmen die Abschaffung der Kavallerie einem Todesurteil durch Aputation Stück um Stück vorziehen würde, hat nämlich niemand erwartet.

Die Anhänger der «Null-Lösung» haben in der Debatte alles vermieden, was den Disput hätte hochspielen und Leidenschaften wecken können. Es ist ihnen gelungen, der nüchtern-sachlichen Ueberlegung, die nun einmal zugunsten der Abschaffung spricht, zum Durchbruch zu verhelfen. Zum Jubel besteht ja in der Tat keinerlei Veranlassung. Wohl aber zur Genugtuung. Denn ob man nun für Amputation oder für Abschaffung ist, eines muss dem Ständerat und denen, die für Abschaffung gestimmt haben, sicherlich attestiert werden: Sie haben im Gegensatz zu zahlreichen Nationalräten den Mut gehabt, sachlicher Einsicht und nur ihr zu folgen und sich damit dem Risiko der Unpopularität bei vielen Wählern auszusetzen. Das ist ein mindestens ebenso wichtiges Ergebnis wie der Sachentscheid selber. Der Ständerat hat damit einmal mehr bewiesen, dass er in unserem parlamentarischen System eine echte und wichtige Funktion erfüllt, und dass er ein sehr ernst zu nehmendes Korrektiv ist gegen die Versuchungen des Nationalrates, sachliche Notwendigkeiten politischen Rücksichtnahmen hintanzustellen.

Allerdings ist der Entscheid des Ständerates mit dem Makel einer Majorisierung der Westschweizer Ratsminderheit behaftet, die fast geschlossen für die Erhaltung der Dragonertruppe antrat. Das ist umso erstaunlicher, als in den letzten Jahren die Westschweiz eher das progressive Zuggpferd der eidgenössischen Politik war und über die «konservativen Bremser» aus der deutschen Schweiz den Kopf schüttelten. Für einmal also focht man mit vertauschten Rollen. Es wäre der Mühe wert und im Interesse einer objektiven Analyse unseres innenpolitischen Kräftefeldes wohl geboten, diesem Sachverhalt nachzugehen. Weitere Dragonerschlachten dürfen folgen. Denn nun muss sich der Nationalrat ja darüber klar werden, ob er es mit dem Ständerat aufnehmen oder ihm begeben will. Man ist gespannt auf die nächste Runde...

zutreten oder sie allenfalls abzulehnen. Dies einmal wegen der verfehlten Auslandschweizerpolitik, indem im Abkommen die berechtigten Anliegen der 35 000 Deutschschweizer preisgegeben werden sollen. Ja, sie würden künftig bezüglich ihres Heimatvermögens von Deutschland als Steuerflüchtlinge behandelt. Dann aus materiell-rechtlichen Ueberlegungen wegen der rechtspolitisch unhaltbaren Rückwirkung und wegen der aufgrund des Abkommens möglichen Anwendung des deutschen Aussensteuergesetzes auf die Schweiz, wie auch wegen der Fragwürdigkeit der Amtshilfe. Und schliesslich aus allgemein-politischen Ueberlegungen, weil das Abkommen nach im Deutschen Bundestag gefallenen Voten einen einseitigen Verhandlungserfolg Deutschlands darstelle und unser Kleinstaat damit unter das Vertragsdiktat des grossen nördlichen Nachbarn gerate. Auch Reich (Rep., ZH) beantragte Nichteritreten.

In der Debatte votierte zunächst Schwarz (FDP, AG) als seinerzeitiger Befürworter des erwähnten Kommissionspostulats nun für die Genehmigung des Abkommens, das trotz der Benachteiligung der Deutschschweizer immer noch besser sei als ein vertragsloser Zustand. Hubacher (SPS, BS) erklärte namens der Sozialdemokratischen Fraktion, diese stimme dem Abkommen mit Ueberzeugung und Erleichterung zu, weil es die Eliminierung der unmoralisch gewordenen Situation der Steuerflucht aus Deutschland nach der Schweiz ermögliche. Demgegenüber begründete Biel (LdU, ZH) die mehrheitliche Stimmenthaltung der Landesringfraktion damit, dass die Deutschschweizer in diesem Abkommen reichlich schlecht wegkommen, weil man sie ganz einfach vergessen habe. Auch Schaller (EVP, ZH) votierte in diesem Sinne. Dann setzte sich Stich (SPS, SO) mit den Argumenten Oehlers und Reichs auseinander und Gugerli (SVP, ZH) teilte mit, seine Fraktion werde für Eintreten und Genehmigung stimmen,

Demgegenüber beantragte Oehler (CVP, SG), auf die Vorlage nicht ein-